

# INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrat Rudi Anschober**

3. April 2017

zum Thema

## **Entscheidungsjahr 2017 für die Bienen: Umweltrisiken durch bienengefährliche Pestizide und Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat**

Weitere Referenten:

- DI Dr. Helmut Burtscher (Chemieexperte GLOBAL 2000)
- Sebastian Theissing-Matei (Landwirtschaftssprecher Greenpeace)
- Heinz Wahlmüller (Vorstandsmitglied OÖ. Landesverband für Bienenzucht)

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

## **Entscheidungsjahr 2017 für die Bienen: Umweltrisiken durch bienengefährliche Pestizide und Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat**

Das Jahr 2017 wird zum Entscheidungsjahr: auf EU-Ebene wird heuer sowohl über die Verbote der bienengefährlichen Neonicotinoide als auch über die weitere Zulassung des umstrittenen Pflanzengifts Glyphosat abgestimmt.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober appelliert: *„Wir müssen jetzt handeln, um unsere Artenvielfalt und die natürlichen Abläufe der Natur, auch bei Nutzpflanzen, langfristig zu schützen. Ich fordere von Bundesminister Rupprechter, rasch eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für ein vollständiges, unbefristetes Verbot von Neonicotinoiden zu bündeln, und sich für ein Aus für Glyphosat einzusetzen. Diese gefährlichen Pestizide müssen EU-weit verboten werden.“*

1. Die Bienen in Europa und damit auch viele Nutzpflanzen sind weiter in Bedrängnis. Eine aktuelle Studie der Universität Sussex zeigt die Umweltrisiken durch bienengefährliche Pestizide auf: Neonicotinoide sind in der Umwelt allgegenwärtig und kontaminieren Gewässer, Böden und Vegetation. Trotz Teilverbot sind die negativen Auswirkungen erheblich. Auch in Österreich werden diese zum Teil weiterhin eingesetzt, wie aktuelle Bodenproben von Kartoffeläckern zeigen.

Diese Auswirkungen und aktuelle Erhebungen der Efsa haben nun auch zu einem Umdenken der EU-Kommission geführt: Vor zwei Wochen wurde ein Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Verbot von drei bienenschädlichen Neonicotinoiden bekannt. Damit dieser Vorschlag Realität wird, braucht es jetzt die Zustimmung der Mitgliedstaaten. Die entscheidende Abstimmung könnte bereits im Mai stattfinden.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober: *„Ich appelliere an die Bundesregierung, rasch ein Netzwerk zur Unterstützung dieses Kommissionsvorschlages zu schaffen, damit ein Verbot noch heuer wirksam werden kann.“*

2. Die kürzlich veröffentlichte Bewertung der EU-Chemikalien-Agentur zum Total-Herbizid Glyphosat als „nicht krebserregend“ löste einen Aufschrei der Umwelt-Organisationen aus. Gleichzeitig verstärken sich Berichte, dass der Glyphosat-Konzern Monsanto Wissenschaftler/innen dafür bezahlt hat, glyphosاتفreundliche Studien zu schreiben. Der

kürzlich von GLOBAL 2000 veröffentlichte Report „Gekaufte Wissenschaft“ beschreibt, wie diese Studien in das europäische Zulassungsverfahren einfließen und dort den Behörden Argumente lieferten, mit denen sie Hinweise auf die krebserregende Wirkung von Glyphosat aus anderen Studien vom Tisch fegten.

**LR Anschober: „Wir wollen auf der sicheren Seite sein. Angesichts dieser Erkenntnisse dürfen EU-Kommission und Mitgliedstaaten die Zulassung für Glyphosat im Sinne des Vorsorgeprinzips nicht verlängern. Der Schutz von Mensch, Gesundheit und Umwelt muss wichtiger sein als die Gewinninteressen einiger Gift-Konzerne!“**

### **1. Aktuelle Studie: Umweltrisiken durch Neonicotinoide**

Neonicotinoide sind eine Gruppe hochwirksamer Pestizide, die schädliche Insekten töten sollen, aber auch schon lange in Verdacht stehen, Bienen, Hummeln und andere bestäubende Insekten zu schädigen. Wissenschaftler/innen der Universität Sussex haben im Auftrag von Greenpeace die Ergebnisse von hunderten wissenschaftlichen Untersuchungen überprüft. Fazit: Neonicotinoide sind in der Umwelt allgegenwärtig und kontaminieren Gewässer, Böden und Vegetation. Sogar Vögel können unter den Auswirkungen leiden. Die drei untersuchten Stoffe unterliegen seit 2013 zwar einem EU-weiten Teilverbot, die negativen Auswirkungen sind aber nach wie vor erheblich.

Bestäubende Insekten wie Bienen oder Hummeln spielen für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion eine entscheidende Rolle. In Europa sind alleine über 4.000 Gemüsesorten von diesen Bestäubungsleistungen abhängig. Doch die wichtigen Blütenbesucher sind in Gefahr. So verzeichnen einige Wildhummelarten dramatische Rückgänge und sind gebietsweise oder weltweit bereits ausgestorben.

### **Neonicotinoide Teilerfolg! Kommission schlägt Verbot vor – Jetzt braucht es Zustimmung der Mitgliedstaaten**

Als erste Reaktion auf das massenhaft zu verzeichnende Bienensterben wurde 2013 der Einsatz für die Aufbringung der drei bienenschädlichen Neonicotinoide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam auf bestimmte Pflanzen durch die EU unionsübergreifend eingeschränkt.

Seither sind die wissenschaftlichen Belege, die für ein Verbot sprechen, noch erdrückender geworden. Im Herbst 2016 wurde die Einschätzung der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlicht: Für die beiden Wirkstoffe Clothianidin und Imidacloprid bescheinigt die Behörde ein hohes Risiko bzw. kann ein hohes Risiko nicht ausgeschlossen werden.

Über die Teilverbote wurde nun neu verhandelt. Die EU-Kommission wird den Vorschlag über ein Verbot bienenschädlicher Spritzmittel außerhalb von Gewächshäusern bis Mitte Mai in den zuständigen Ausschuss einbringen. Dann braucht es die Zustimmung der Länder.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober: *„Angesichts dieser wegweisenden Verhandlungen braucht es eine Bienenschutz-Offensive – jetzt entscheidet sich die Zukunft von Bienen, Hummeln und auch unserer vielfältigen Lebensräume! Die Bundesregierung muss sich klar für europaweite Verbote dieser Stoffe einsetzen, wir brauchen Netzwerke und Mehrheiten für die Durchsetzung eines europaweiten Verbots.“*

Die EU-Länder dürften gespalten sein in der Verbots-Frage, handhaben sie die Teilverbote bisher sehr unterschiedlich. Während diese bspw. von Rumänien, Ungarn und Großbritannien über weitreichende Notfallzulassungen ausgehebelt werden, hat Frankreich ab 2018 die Anwendung verboten. Österreich hat auf Bundesebene die Teilverbote umgesetzt und durch die Einschränkung der Anwendung auf Wintergetreide darüber hinausgehende Maßnahmen getroffen.

### **Greenpeace-Test: Einsatz bienengefährlicher Pestizide in Österreich**

Auch in Österreich werden diese gefährlichen Wirkstoffe aktuell noch in großen Mengen eingesetzt, wie aktuelle Greenpeace-Untersuchungen zeigen. Der Einsatz von Neonicotinoiden im Kartoffelanbau stellt unter anderem ein massives Risiko für Hummeln dar. In einer aktuellen Untersuchung wurden in den zwei österreichischen Hauptanbaugebieten für Kartoffeln, im Marchfeld und in der Nähe von Hollabrunn sechs Erdproben gezogen. Die Analyse des Umweltbundesamtes zeigt: in vier von fünf Feldern, die konventionell bewirtschaftet werden, wurden bienenschädliche Insektizide gefunden.

Während die Probe vom Bio-Acker frei von Pestiziden war, wurde in drei der fünf Erdproben aus konventionellem Anbau das für Bienen und Hummeln hochgiftige Neonicotinoide Imidacloprid gefunden.

*„Die Ergebnisse zeigen leider klar: Neonicotinoide werden in Österreich in der konventionellen Landwirtschaft aller Risiken zum Trotz weiterhin eingesetzt. Solange diese gefährlichen Pestizide weiter eingesetzt werden, sind die wichtigen Bestäuber bedroht“,* so Sebastian Theissing-Matei, Landwirtschaftsexperte bei Greenpeace in Österreich.

Kürzlich wurde das verbotene und klar als hochgiftig, bienengefährlich und langfristig giftig für Wasserorganismen gekennzeichnete Pestizid Mocap 15G (Wirkstoff Ethoprophos) per Notfallzulassung für die Saison 2017 für den Kartoffelanbau in Österreich zugelassen. Der Dachverband der Bienenzuchtverbände kritisiert das Vorgehen scharf: die Imker wären im Vorfeld nicht informiert worden, besonders schwerwiegend bei diesem so problematischen Wirkstoff. Man fordert geeignete Maßnahmen, um Schaden für die Bienen zu vermeiden und die Meldung der Flächen wo eine Anwendung erfolgt an die Imkerverbände.

### **Neonicotinoide – Bayer, Syngenta und BASF klagen gegen die Teilverbote**

Doch die Konzern-Multis geben sich nicht geschlagen: Bayer, Syngenta und BASF kämpfen vor dem EuG gegen die derzeit geltenden Teilverbote und drohen mit Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe. Das Gericht muss prüfen, ob die Kommission 2013 den Einsatz der bienengefährlichen Neonicotinoide über das erlassene Teilverbot aus Umweltschutzgründen einschränken durfte, obwohl die Pestizide zuvor eine Zulassung erhalten hatten. Anlass dafür war ein verheerendes Bienensterben in Baden-Württemberg 2008, verursacht durch den Bayer-Wirkstoff.

Es geht um viel, ist doch die wichtige Grundsatzfrage zu klären, ob der Schutz von Investitionen durch Konzerne oder der Schutz von Umwelt und Verbraucher/innen schwerer wiegt. Der österreichische Berufsimkerbund ist offizieller Streithelfer der Europäischen Kommission beim Gerichtsverfahren in Straßburg. Es ist zu erwarten, dass das Verfahren erst in der höchsten Instanz durch den EuGH entschieden wird.

## **Bienen und Pestizide – Einschätzung des OÖ. Landesverbands für Bienenzucht**

Bienen leben in einem offenen System. Ein Bienenvolk hat einen Flugradius von ca. 6 km. In diesem Radius befinden sich auch viele landwirtschaftliche Flächen. Die Bienen sind im Ökosystem unserer Landwirtschaft unverzichtbar, da sie durch ihre Bestäubungsleistung zum Erhalt der Artenvielfalt in der Natur, zur Sicherung der Erzeugung gesunder Lebensmittel und zur Nahrungsgrundlage vieler anderer Lebewesen beitragen. Intensive Landwirtschaft mit ihren Monokulturen schafft Mangelversorgung der Bienen und schadet ihrer Vitalität.

Massive Eingriffe in der Natur durch Verlust von Flächen, intensive Bewirtschaftung mit gefährlichen Pestiziden und fortschreitender Umbruch von Grünland verunreinigen Wasser und Böden und führen zu einem Rückgang von einer Vielzahl an Pflanzen und Tieren. In Österreich waren im letzten Herbst und Winter wieder stärkere Bienenverluste zu beklagen. Die Hauptgründe dafür sind die Varroa-Milbe, Schwächung durch Viruserkrankungen und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Insektizide dienen zur Bekämpfung von Schadinsekten und rufen bei Bienen die häufigsten Schädigungen hervor. Herbizide stellen keine direkte Gefahr für Bienen dar, eliminieren aber auch blühende Pflanzen, und wirken somit indirekt negativ.

Neben den besonders bienengefährlichen Neonicotinoiden sind Vergiftungen durch Pestizide häufig auch auf eine falsche Anwendung zurückzuführen. Werden Insektizide beim Sammeln von Pollen im Bienenstock eingelagert, zeigen sie erst nach einigen Monaten ihre schädliche Wirkung als chronische Vergiftungen für Arbeitsbienen und ihre Brut. Die Untersuchungen auf bedenkliche Wirkstoffe im Bienenvolk sind sehr aufwendig und teuer. Die Kosten pro Untersuchung für ein abgestorbenes Bienenvolk sind für die meisten Imker nicht leistbar.

LR Anschober und Heinz Wahlmüller: *„Studien zeigen: das Bienensterben stellt nicht nur einen erheblichen Einschnitt für Umwelt und Artenvielfalt dar, sondern auch eine wirtschaftliche Herausforderung für die Verwendung von Nutzpflanzen. Dieser wirtschaftliche Hebel kann auf EU-Ebene zusätzlich helfen, eine Mehrheit der Mitgliedstaaten von einem EU-weiten Verbot der bienengefährlichen Pestizide zu überzeugen.“*

## **Treffen der Europäischen Berufsimker Anfang März in Piacenza/ Italien**

Am 5. Und 6. März fand in Piacenza/Italien die Generalversammlung der europäischen Berufsimker statt, an der auch der österreichische Erwerbsimkerbund teilnahm.

Der italienische Länder-Bericht traf eine klare Aussage: Der Kampf gegen Neonicotinoide und Pestizide im Allgemeinen ist die große Aufgabe der Berufsimker. Der rumänische Landesverband meldet massive Probleme mit dem Wirkstoff Thiacloprid.

Dies wird auch vom österreichischen Beitrag bestätigt, der im Vorgehen gegen Pestizide, vor allem auch Glyphosat, eine große Aufgabe sieht, um Menschen und Bienen zu schützen. Offiziell sind in Österreich 360.000 Bienenvölker mit einer Jahresproduktion von 4.000 Tonnen Honig gemeldet. Dem entgegen steht die Ausbringung von 4.000 Tonnen an Pestiziden.

## **2. Glyphosat – das weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid**

Glyphosat ist der weltweit am häufigsten verwendete Wirkstoff für sog. Pflanzenschutzmittel. In Europa wird es seit den 1980er Jahren eingesetzt und wurde 2002 erstmals EU-weit zugelassen. Es wirkt giftig für Wasserorganismen und wird deshalb als umweltgefährdend eingestuft.

In Österreich wird Glyphosat in der Landwirtschaft, im Wein- und Obstbau und im Gartenbau zur Unkrautbekämpfung vor der Aussaat oder nach der Getreideernte im Herbst zur Beseitigung von Getreidestoppeln verwendet. Auf Wiesen und Weiden ermöglicht es die Bekämpfung einzelner ausdauernder Unkrautpflanzen und das Erneuern stark verunkrauteter Grünlandflächen – der Wirkstoff ist allgegenwärtig.

Gefährliche Pflanzenschutzmittel können in Böden und Grundwasser eindringen, dadurch nicht nur unsere Umwelt belasten, sondern auch über unsere Lebensmittel sowie, wie im Fall vom Glyphosat, durch den direkten Kontakt mit dem Mittel die menschliche Gesundheit gefährden. Dazu kommt, dass fertig gemischte, glyphosathaltige Pestizide eine höhere toxische Wirkung haben können, als der reine Wirkstoff für sich genommen.

## **Verdacht auf manipulierte Industriestudien - keine Entwarnung für Glyphosat**

Die EU-Zulassung für Glyphosat lief im Sommer 2016 aus, woraufhin die Kommission eine weitere Verlängerung der Zulassung um 15 Jahre vorschlug. Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) stufte Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend für den Menschen" ein, anders als die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA), die eine Glyphosataufnahme im Rahmen der gesetzlichen Rückstandshöchstgehalte als unbedenklich einstuft und eine Empfehlung für die Zulassungsverlängerung aussprach.

Bei den EU-Ländern kam eine nötige Mehrheit für oder gegen den weiteren Einsatz nicht zustande, weshalb die Zulassung von Glyphosat für eine Dauer von 18 Monaten bis Ende 2017 verlängert wurde.

Eine Neubewertung des Risikos wurde bei der ECHA, der europäischen Chemikalienagentur, beauftragt – diese liegt nun vor: die Behörde schließt sich der Beurteilung der EFSA an und befindet Glyphosat nach Prüfung der Studienlänge für „nicht krebserregend“.

Doch daran gibt es berechtigte Zweifel: aktuellen Medienberichten zufolge hat der amerikanische Glyphosat-Konzern Monsanto, der künftig zum Bayer-Konzern gehören wird, Einfluss auf Wissenschaftler/innen und die US-Behörden genommen. Monsanto soll im Geheimen an Studien für die Zulassung des Pestizids mitgewirkt haben, die später als unabhängige Beurteilungen vorgelegt wurden. Weiters soll der Konzern gezielt darauf hingewirkt haben, eine eigenständige Untersuchung des US-Gesundheitsministeriums zu verhindern.

Die ECHA beruft sich in ihrer Bewertung auf Industrie-Studien, die nicht öffentlich zugänglich sind und folgt damit den Empfehlungen der EFSA, die 94 internationale Wissenschaftler/innen, darunter renommierte Krebsforscher/innen, Endokrinologen und Epidemiologen, im Dezember 2015 zurecht als "fundamental fehlerhaft" und "wissenschaftlich inakzeptabel" bezeichnet haben. Daneben liegen zahlreiche öffentliche Studien vor, die auf das Krebsrisiko durch Glyphosat und die fortpflanzungs- und erbgutschädigende Wirkung hinweisen.



*„Dies markiert einen Tiefpunkt in der Europäischen Chemikalienpolitik. Mit ihrem Persilschein für Glyphosat wirft die Behörde ihre wissenschaftliche Integrität und Redlichkeit über Bord“*, zeigt sich Helmut Burtscher, Umweltchemiker von GLOBAL 2000, enttäuscht. *„Wirtschaftliche und politische Interessen hatten bei dieser Entscheidung offenbar größeres Gewicht als die wissenschaftlichen Fakten. Der gesetzlich geforderte Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt wird durch derartige Fehlleistungen von EU-Behörden verhindert“*, so Burtscher weiter.

Das endgültige ECHA-Gutachten wird noch vor der Sommerpause offiziell an die EU-Kommission übermittelt, dann werden die Kommissions-Direktionen erneut mit den EU-Ländern über die Zulassung von Glyphosat diskutieren. Der Verband der europäischen Pflanzenschutzmittelhersteller fordert eine rasche Zulassungsverlängerung für 15 Jahre.

### **1 Million Unterschriften – die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat**

Im Januar gab es grünes Licht für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) für ein Verbot von Glyphosat.

Konkret fordert die EBI, „den Mitgliedstaaten ein Glyphosatverbot vorzulegen, das Genehmigungsverfahren für Pflanzenschutzmittel zu überarbeiten und verpflichtende EU-weite Ziele zur verminderten Pestizidnutzung zu definieren“.

Bis Ende des Jahres haben die Bürger/innen nun die Möglichkeit, die Initiative zu unterstützen. Kommt eine Million Unterstützer/innen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten zusammen, muss sich die EU-Kommission mit der Forderung auseinandersetzen, ggf. rechtlich handeln und die Entscheidung ausreichend begründen.

Die Initiative wurde von einer breiten Koalition aus Umweltschutz-Organisationen gestartet, darunter das Pesticide Action Network Europe (PAN Europe), Greenpeace und Global 2000. Mittlerweile tragen mehr als 100 Organisationen aus 15 Ländern die Initiative mit.

Innerhalb von zwei Monaten haben bereits 600.000 EU-Bürger/innen gegen Glyphosat unterzeichnet.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober unterstützt die Bürgerinitiative und ruft alle umweltengagierten Oberösterreicher/innen zur Unterzeichnung auf!

Weitere Informationen unter:

<https://www.global2000.at/ebi-stop-glyphosat>

<https://landwirtschaft.greenpeace.at/glyphosat-eci/>